



Antifaschismus muss gemeinnützig bleiben!

Am 4. November hat das Finanzamt für Körperschaften I des Landes Berlin der Bundesvereinigung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) e.V. die Gemeinnützigkeit entzogen. Damit verbunden sind vorerst Steuernachforderungen in fünfstelliger Höhe, die noch in diesem Jahr fällig werden. Weitere erhebliche Nachforderungen sind zu erwarten und auch zukünftig drohen wesentlich höhere steuerliche Belastungen. Damit ist die VVN-BdA in ihrer Existenz bedroht.

Von Überlebenden der Konzentrationslager und Gefängnisse 1947 gegründet, ist die VVN-BdA seitdem die größte, älteste, überparteiliche und überkonfessionelle Organisation von Antifaschistinnen und Antifaschisten Deutschlands. Sie vertritt die Interessen von Verfolgten und Widerstandskämpfer*innen, sowie deren Nachkommen, tritt für Frieden und Völkerverständigung ein und hat gegen große gesellschaftliche Widerstände wesentlich dafür gesorgt, dass die Verbrechen des Nazi-Regimes nicht in Vergessenheit geraten sind, u.a. durch den Einsatz für die Errichtung von Gedenkstätten und Erinnerungsorten und vielfache Zeitzeugenarbeit. Sie informiert über aktuelle neofaschistische Umtriebe und organisiert den Widerstand in breiten Bündnissen.

Die Initiative „Blumen für Gudendorf“, eine der ältesten Gedenkinitiativen im Land Schleswig-Holstein, fühlt sich wie viele andere Gedenkorte dem Schwur von Buchenwald verpflichtet. Wir sind entsetzt und empört darüber, dass sich das Berliner Finanzamt die haltlosen Unterstellungen der bayrischen Behörde ungeprüft zu eigen macht und der VVN-BdA verfassungsfeindliche Bestrebungen unterstellt. Damit behindert es genau das zivilgesellschaftliche Engagement, das von Regierung und Parteien angesichts schrecklicher rechtsterroristischer Verbrechen allenthalben eingefordert wird.

Wir fordern, die Aberkennung der Gemeinnützigkeit für die VVN-BdA rückgängig zu machen.

Kiel, 23. November 2019

Marianne Wilke (Wedel), Irmgard und Wolfram Jasker (Wedel), Martina und Dr. Dietrich Stein (Windbergen), Georg Gerchen (Hennstedt), Werner Höfs (Gudendorf), Jan Rampke (Windbergen), Hans Starp (Windbergen), Gundula Orth und Benno Stahn (Kiel), Gert Wohlenberg (Meldorf), Bernd Frohböse (Brunsbüttel)